

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1906**

134 (12.6.1906)



# Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.62 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstr. 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitung: Nr. 5144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Anzeige: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Sozial-Anzeige billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Anzeigen müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 134.

Karlsruhe, Dienstag den 12. Juni 1906.

26. Jahrgang.

## Die Kultusdebatte

hat gestern Abend ihren Anfang genommen. Das interessante Redetouren bedürftigen, sieht man schon am Besuch der Logen und Galerien. Letztere sind dicht besetzt. In drei Logen sieht man einige katholische Geistliche. Berichterstatter ist der Abg. Obkircher. Er beschränkt sich in seinem mündlichen Bericht auf die Erklärung der Komödie, welche die Nationalliberalen mit Bezug auf die Zuschüsse an das Freiburger Konvikt und an das Priesterseminar in St. Peter diesmal aufspielen. Die Angelegenheit selbst wurde in unserer Blatte bereits eingehend besprochen. Die Kurie macht bei diesem Komödienstück ein gutes Geschäft. Das Zentrum hat auch in dieser Sache sich den Nationalliberalen gegenüber als überlegen gezeigt. Die Zuschüsse an die genannten kirchlichen Anstalten sind nicht nur nicht rechtlich begründet, sie wären überhaupt überflüssig, wenn die Kirche nicht und zwar aus naheliegenden Gründen den aus den ärmsten Schichten hervorgehenden Theologie-Studierenden vor den aus den oberen Schichten stammenden den Vorrang geben würde. Die armen Theologen sind eben viel leichter unter die Gewalt der Kirchenoberen zu bringen, als die wirtschaftlich Unabhängigen. Aber hat der Staat irgend welchen Grund, die Kirche gerade in diesen Bestrebungen noch zu unterstützen? Gewiß nicht. Nun, die bezüglichen Beiträge sind aus dem Budget gestrichen, dafür aber haben die Nationalliberalen der Kurie auf dem Präsidententeller gleich 50 000 Mk. geschenkt. Die Nationalliberalen werden aber, das können wir heute schon hervorheben, bei diesem Komödienstück nicht ungerührt davor kommen.

Der mündliche Bericht Obkirchers war kurz und trocken. Andere Töne schlug Herr Obkircher an, als er gleich im Anschluß an seine Berichterstattung die Interpellation betreffend den Mißbrauch des geistlichen Amtes begründete. Mit Schärfe weist Obkircher von vornherein den Vorwurf zurück, daß es sich bei dieser Sache um den Kampf zweier verschiedener Weltanschauungen handelt. Bei der Verhandlung selbst schloß sich Abg. Obkircher auf die bekannte, in unserem Blatte ausführlich behandelte Vorgänge bei den letzten Landtagswahlen. In der Bearbeitung der Wähler seitens der katholischen Geistlichkeit liege System. Auch gegen die Zentrumspresse fand der Redner sehr scharfe Worte. Als Obkircher der Hoffnung Ausdruck gab, daß seitens der Kirchenoberen an die Geistlichen ein Verbot der politischen Arbeit und Agitation ergeht, lachte ihn das Zentrum aus. Die Herren wissen eben nur zu gut, daß ein solches Verbot nicht ergeht, sondern daß im Gegenteil die agitierenden Geistlichen bei der Kurie die am besten angeführten sind. Der Interpellant brachte eine Menge von Material, das teilweise große Seitenfüße, teilweise große Entstellungen hervorrief. Am Schluß seiner Rede wurde Obkircher pathetisch und spielte sich als Retter der Religion und des religiösen Lebens auf. Das hätte er besser unterlassen, denn das Zentrum quittierte ihm durch ein lautes Lachen. Aber die Nationalliberalen können nicht anders, als in solchen Fragen eine haltlose Stellung einzunehmen.

Aus der vom Staatsminister erteilten Antwort der Regierung auf die Interpellation geht hervor, daß die Regierung bei der Kurie wegen des Mißbrauchs der Amtsgewalt der katholischen Geistlichen zu politischen Zwecken vortrefflich geworden ist. Im ganzen Klang die Regierungserklärung ziemlich energisch. Bezeichnend war die Haltung der Kurie, die es einfach ablehnte, die geäußerten Mißstände

gründlich zu untersuchen, insofern die Regierung die bekannten Erhebungen veranstaltete.

Den Antrag des Zentrums, die Aufhebung der §§ 16b und 16c des Kirchengesetzes begründete der Abg. Kopf. Seine mehr juristischen Ausführungen begegneten im Hause sehr wenig Interesse. Der Redner bestritt die Rechtsgültigkeit der genannten Paragraphen überhaupt. Seitens des Staatsministers wurde geltend gemacht, daß es am besten wäre, die reichsgerichtliche Entscheidung über diese Angelegenheit abzuwarten. Im übrigen will sich die Regierung hinsichtlich der Aufrechterhaltung der angeführten Paragraphen nicht festlegen. Beschränkt sich die Kurie darauf, nach dem Rezept des Herrn Schenkel im Amt in Politik zu machen, d. h. nur gegen die Sozialdemokratie die kirchliche Amtsgewalt zu mißbrauchen, so sind Regierung und Nationalliberale bereit, diese Paragraphen aufzuheben.

Wie jetzt sind noch 8 Redner vorgemerkt, darunter sozialdemokratischerseits die Abg. Eichhorn, Dr. Frank und Kolb.

Karlsruhe, 11. Juni. (93. Sitzung.)

Präsident Willems eröffnet 5 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch Staatsminister v. Dusch und Ministerialdirektor Hübsch.

Abg. Obkircher berichtet namens der Budgetkommission über das Kultusbudget. Aus dem Titel „Dotation des Erzbistums“ hat die Mehrheit der Kommission 15 000 Mk. als Beitrag zu den Kosten des theologischen Konvikts in Freiburg und des Priesterseminars in St. Peter gestrichen, desgleichen 20 000 Mk. als Beitrag der Schuldenentlastung des theologischen Konvikts und des Seminarfonds. Ein Teil stimmte aus dem grundsätzlichen Gesichtspunkte dagegen, wonach überhaupt staatliche Leistungen zu kirchlichen Zwecken zu unterbleiben hätten, ein anderer Teil, weil einmal eine rechtliche Verpflichtung zu den angeforderten Beitragsleistungen nicht bestehe, auch die Absicht der Streichung schon auf dem letzten Landtag begründet worden sei, so daß der kirchlichen Verwaltung Gelegenheit gegeben, für einen Ersatz Sorge zu tragen. Schon auf dem letzten Landtag habe man die Regierung um Material gebeten, ob denn die Not der in Frage kommenden Fonds so groß sei, um eine Beihilfe zu gewähren. Schon damals erklärte die Mehrheit, daß die angeforderten Beihilfen zum letzten Male gewährt würden. Diese Konsequenz habe die Mehrheit jetzt gezogen, um so mehr, als der Staat die Kirchensteuer umgelassen habe, aus der die Kirche auch die hier in Betracht kommenden Bedürfnisse bestreiten könne. Man sei dabei nicht getrogen von dem Geiste der Feindseligkeit gegen die katholischen Geistlichen; verlangt könne aber werden, daß die Gutskulturen so viel leisten, wie an Aufwand auf die Kopfzahl kommt. Die Kirche sei aber auch in der Lage, die Mittel aufzubringen. Die Konsequenz fordere es aber auch, daß die Summe von 6000 Mark für die Stipendien der in Heidelberg Studierenden der protestantischen Theologie gestrichen werde. Als Beitrag zu den Kosten der Erstellung eines Dienstgebäudes für den evangelischen Oberkirchenrat sind als erste Rate 75 000 Mk. eingestellt. Die Regierung bitte er um Auskunft über die Beiträge, welche die preussische Regierung leisten zum Zwecke der Verwaltung des Erzbistums.

Präsident Willems: Der Abgeordnete Obkircher hat weiter das Wort zur Begründung der Inter-

pellation über die Wahlumtriebe der katholischen Geistlichen.

Abg. Obkircher: Bei allen Wahlen habe die katholische Geistlichkeit eine lebhafteste Agitation entfaltet, nie aber sei dieselbe von solcher Intensität gewesen, wie bei den letzten Wahlen. Deshalb habe man eine besondere Interpellation gestellt. Hier handele es sich um das hohe Gut, das jede Partei verfechten sollte, daß unsere Wahlen in Reinheit und Wahrheit sich abspielen und Mißbräuche fern bleiben. Aber das Zentrum habe den Vorteil und lebe davon. Gegen eine Belehrung der Wähler habe niemand etwas einzuwenden; aber die religiösen Beidenheiten würden erregt, wenn Wahlveranstaltungen eröffnet würden mit dem katholischen Gruß oder mit den Worten: „Wir kämpfen für eine heilige Sache, wir stehen unter dem Kreuz.“ Es heißt die Reidenheiten aufregen, wenn gesagt wird, das Galten einer liberalen Zeitung schlägt dem Kreuzfuß ins Gesicht. Schlimmer aber sei es, wenn diese Agitation gegen das Strafgesetz verstoße. Bei den Wahlveranstaltungen sei man sehr streng vorgegangen gegen die Wahllokation der Beamten. Heute sei man einig, daß Amtsmißbräuche zur Aufrechterhaltung der Wahlen führen; eine andere Meinung habe das Zentrum allerdings, wenn es sich um Mißbräuche der katholischen Geistlichen handle. Bei dem direkten Wahlrecht sei die Agitation der Geistlichen ganz besonders in den Vordergrund getreten. Aber auch von der kirchlichen Oberbehörde werde diese Agitation gebildet (Zwischenruf: Offenlich! Heiterkeit), der Geistliche sollte nie vergessen, daß er ein Träger einer besonderen Gewalt sei. Zugabe sei, daß es nicht gerade leicht sei, die Grenze zu erkennen, die einzuhalten sei. Wer diesen Last nicht bestreite, sollte von den Wahlen fern bleiben. Schlimmer aber sei es, wenn in autoritativer Weise zu dieser mißbräuchlichen Agitation aufgerufen werde. Er erinnere an das psychologische Rätsel des Falles Kaiser X. gegen die politische Tätigkeit der Geistlichen, Ausprüche bedeutender katholischer Geistlicher über den Wirtshaus-Katholizismus. Eine Abhilfe sei nur möglich, wenn die Kirchenregierung mit einem Verbot gegen die Agitation der Geistlichen vorgehe. (Rufen im Zentrum.) Der Erzbischof stehe an der Spitze der Agitation. In den offiziellen kirchlichen Kreisen komme der Geistliche seiner Berufspflicht nach, wenn er sich an der politischen Agitation beteilige. Redner bringt sodann eine Reihe von Beispielen, wie katholische Geistliche mit allen möglichen Mitteln auf die Wähler eingewirkt und nicht zuletzt mit den Mitteln und Androhungen der Kirche. Geistliche verweigerten die Absolution, wenn Frauen liberale Zeitungen austragen. Ein trauriges Bild habe er entrollen müssen. Er habe eine genaue Prüfung vorgenommen und festgestellt, daß Mißbräuche auf der Kanzel, im Reichstuhle, bei der Kommunion vorgekommen, aber auch sonst seien von den Geistlichen in der gewissenlosesten Weise die Wähler belästigt worden. Wenn die Herren es mit der Kirche gut meinten, so müßten sie auf diesem Wege einhalten. (Rufen.) Von der Regierung hoffe er, daß sie dagegen entscheidenden Einspruch erheben werde.

Staatsminister v. Dusch erteilt folgende Erklärung: Nach dem Gesetz vom 9. Oktober 1860 über die rechtliche Stellung der Kirchen steht die Disziplinargewalt über die Geistlichen den obersten Kirchenbehörden zu. Ein staatliches Einschreiten gegen Geistliche der beiden Landeskirchen ist somit im allgemeinen auf den Weg des Benehmens mit

den obersten Kirchenbehörden gewiesen. Dementprechend hat es die Regierung nie unterlassen, im Interesse einer gesunden Entwicklung des kirchlichen Lebens bei den Kirchenbehörden die Zurechtweisung Geistlicher zu verlangen, die durch Ueberschreitung ihrer amtlichen Befugnisse zu Beschwerden Anlaß geben. Was besonders die Beteiligung des katholischen Klerus bei Wahlen angeht, so hat die Regierung schon im April 1904 unter Hinweis auf die Reichstagswahl 1903 ihre Auffassung der katholischen Kirchenbehörde dahin geltend gemacht, daß der politischen Tätigkeit des Geistlichen durch den öffentlichen Charakter seiner Stellung und die Aufgaben seines Amtes Schranken gezogen seien, die er ohne Schädigung dieses Amtes nicht überschreiten könne. Schon bei diesem Anlaß und mit verstärktem Nachdruck nach Bekanntwerden des Rundschreibens des Zentralkomitees der Zentrumspartei an die Pfarrämter wurde mit dem Verlangen einer kirchenamtlichen Remedur auf die Bestimmungen der §§ 16b und c mit dem Wunsch aufmerksam gemacht, es möge die Regierung der peinlichen Notwendigkeit entgehen werden, mit Strafverfahren einschreiten zu müssen.

Es erfolgte dann das weitere Rundschreiben, in welchem erklärt wird, daß die Parteileitung weit entfernt sei zu glauben oder zu wünschen, die Geistlichen sollten ihr kirchliches Amt, sei es auf der Kanzel oder sonstwie dazu benützen, um politische Interessen der Zentrumspartei zu fördern. Nach amtlichen Informationen unterliege es aber keinem Zweifel, daß dem entgegen bei den letzten Wahlen in verschiedenen Bezirken katholische Geistliche unter Verwendung des Einflusses ihrer Stellung, ihrer kirchenamtlichen, an den Wahlkämpfen hervorragend teilgenommen haben. Es wurden in vielen Fällen die Staatsanwaltschaften zum Einschreiten veranlaßt, in drei Fällen erfolgte erstinstanzliche Verurteilung, in den anderen wurde das Verfahren eingestellt.

Bei weiteren Ausdehnungen hat die Regierung erneute Vorstellungen bei den erzbischöflichen Ordinariate erhoben und ermahnt, daß auch die kirchliche Behörde wirksame Maßnahmen treffen werde. In dem hierwegen entstandenen Meinungsaustausch hielt aber die Kirchenbehörde an der Ansicht fest, daß sie weder verpflichtet, noch in der Lage sei, Beweismittel für diese Beschwerden anzuführen. Um nun zu einem Ergebnis zu gelangen, sah sich die Regierung genötigt, die Bezirksämter um die erforderlichen Zeugenaussagen anzufragen. Das genommene Belastungsmaterial samt den staatsanwaltlichen Akten ist der Kirchenbehörde mitgeteilt worden und es erhele nun eine entgegenkommendere Stellungnahme nicht ausgeschlossen. Die Regierung ist ferner der Ansicht, daß es eine mißbräuchliche Inanspruchnahme des geistlichen Amtes sei, wenn in der Absicht politischer Beeinflussung das Seelsorgeramt zur Bekämpfung oder Empfehlung der politischen Tagespresse verwendet werde.

Abg. Kopf begründet den Antrag auf Aufhebung des Gesetzes vom 19. Februar 1874 und zwar auf Aufhebung der Paragraphen 16b und 16c, die in der Hauptsache dahin gehen: Geistliche, welche aus Anlaß öffentlicher Wahlen ihre kirchliche Autorität anwenden, um auf die Wahlberechtigten in einer bestimmten Parteirichtung einzuwirken, werden an Geld von 60 bis zu 600 Mk. bestraft. Diese Bestimmungen betreffen teils Materien, welche Gegenstände des Strafgesetzbuches seien und in den Paragraphen 105—109 und 130a eine erschöpfende Regelung erfahren hätten. Diese Bestimmung

## Kämpfer.

Ein Roman aus der neueren Literatur von Max Wittig. (Nachdr. verb.)

Emma rannte den schmalen Gang entlang und sah eine Kogentür auf: „Fiz, fiz, hier wird einer geschlagen!“

Vor fremden Menschen liehen die Feinde von einander ab; denen wollten sie kein Schauspiel geben. „Doktor Wöhler“ entfernte sich aus dem Saale; er wollte sich die weiteren Schritte vorbehalten, sagte er. Bei Emma hatte Verthold durch sein Eintreten für sie gewonnen; sie fühlte sich und ihr Pferd gerührt, tanzte und trank. Auch das Verthold ein Wortennote mit viel Schmeicheln lieh, steigerte ihr Vertrauen.

Als gegen Mitternacht auf der großen Erommel mit viel Getöse der Hebraus gedrohen war, hing auf dem Logengange ein Mädel am Gasse Verthold Wagners.

Auf der Straße ging sie stillschweigend neben ihm her, fast flüchtend.

Nach kaltem, hellem, starrem Trottoir betrat man düstere holperige Straßen und engere wärmere Gassen und die einamen Menschen riefen einander näher.

„Bräulein Emma, ich bin kein schlechter Kerl; Sie — du sollst sehen, Emmchen!“

Emma wand sich und wollte böse werden und war doch feil!

Anders als er gekommen war, ging Verthold heim. Die ersten weichen Gassen sahen den nächsten Wanderer stumm. Jenseits des Bahndamms, auf dem holprigen Pflaster, fühlte er den festen Boden; er richtete sich auf und zügelte seinen Schritt. In seinem Zimmer aber spazierte er noch in der Nacht eifrig umher und wußte nicht, wie lange.

„Schade, schade, daß das Frauenzimmer vom Dorfe ist! Aber sonst ist sie famos!“ dachte er sich.

6 Kapitel.

„Sieh mal, Knoblauch, Rudelinskiß Borgellan-fahre“, rief die Knoblauchen in ihren Laden. Die ganze pudliche Gesellschaft fährt mit dem Wagen aus! Der Kutcher sagte, nach Wehlen.“

Knoblauch sortierte soeben Gurken. Er nahm sich nicht Zeit, noch einige in die Tonne der guten zu stecken oder auszumustern, sondern er rannte mit ihnen vor die Tür und sah noch das leichte Fußbreck aus Freimauern entleeren.

„Deswegen preist die Kanaille, pudlige, fortwährend den Einzugsmarsch, weil sie wieder einem Dorf-kasser auf den Hals rücken will. Wer dem Rudelinskiß heut unter die Hände kommt, kann sich gratulieren!“ gurgelte Knoblauch seine Alte an.

„Ja, da preist er immer so!“ stimmte die Frau zu. Ihren Mann brachte die Zustimmung, obwohl er gar nichts anderes erwartete, so, so dem Gleichgewicht, daß er eine der überreifen geruchelnden Gurken wuchtig gegen das Haus schleuderte, wo sie zerplatzte.

„Also dem Kerl hab ich noch wieder den Dübjan angeführt: Man ist manchmal gerade wie dumm!“ Die Reste der von Knoblauchlicher Mut geschmeterten Gurke waren noch nicht von der Sonne getrocknet, als Frau Wolff ihren ältesten Sprößling im Wagen zu sich zog:

„Gud, Arthur, n Turm! Dort wohnt der Vater von unserm Herrn Tobias.“

„Ja“, sagte der Mann. „Wir fahren aber nach Wehlen zu Dübjan.“

„Was meinst du, Arthur, wenn wir hier einen Augenblick hielten beim alten Herrn Tobias? Wir wollen ihn grüßen von seinem Sohn.“

Wolff starrte die Felder an. Er hatte noch nie ein Stild über bewirtschaftet und wußte doch genau, welcher Art der Boden sei.

„Du wirst n Moment warten, Anna!“ rief er und entwarf auf einem Notizbuchblatt den Plan der Lage einiger Acker und Wiesen und schrieb weiter nichts dazu als Frage- oder Ausrufungszeichen. Das genügte als Anhalt für fernere Entscheidungen.

Die Fragen Annas hatte er trotz der

tigkeit nicht vergessen. Er hieß vielmehr bei dem Tobiasischen Grundstücke den Kutcher halten und befehl: „Sie werden sich drüben in der Schenke ne Weisse geben lassen und das Pferd tränken. In einer Viertelstunde geht die Fahrt weiter. Geben Sie die Kinder aus dem Wagen, hallo!“

Inzwischen hatte er selber seiner Anna die Hand gereicht und dieses Festflüschchen patföste auf die Erde.

Wolff, geschäftig, zog schon an der dicken Schnur der Tür und klapperte hoch sich der hölzerne Verschluß. Mit den Handschuhen den Schürhbart streichend, schritt Wolff der Frau voran, deren Breite den Sprößlingen willkommen war zur Deckung vor etwaigen Gefahren in dem langen, dunklen Gausgange.

Als die ersten Schritte der Familie hörbar wurden, rechte in der Ecke des Kellerhalls die Magd ihr Gesicht aus dem vom Kuchfutter aufsteigenden Dampfe. Sie ließ die Mühenstampe in das Haß poltern und wischte die Wassertropfen von Gesicht und Händen.

Stump und steif erwartete sie die Fremden: Nicht in Berlegenheit, sondern stol wie die Herrin eines wohlhabenden Hauses.

„Der wohnt doch Herr Tobias?“ fragte Frau Anna, während des Herrn Augen umhergingen wie die einer Guls.

„Ja, was soll er denn?“

„Sie sind die Magd?“

„Wie Sie's nehmen!“

Frau Wolff schloß.

„Was bildet sich denn die Bauernlese ein?“ räumte sie ihrem Manne zu. „Wir wollen Herrn Tobias sprechen!“

Die Magd ging durch die offene Stubentür und klopfte drinnen an das kleine Guckfensterchen. Nach einigen Augenblicken nickte sie hinein in den nur durch die Wand von der Wohnung getrennten Herdeshall und drohte im Scherz mit der Hand. Nach kurzem Warten- und Gebärden rief sie in den Stall: „Gibt doch mal auf zu friegen! Es sind Jäten.“

schaft steht im Hause draußen und einer hat einen Goldquerscher ins Gesicht.“

„Wer sein denn die?“

„Das mag der liebe Gott wissen!“

„Was soll'n sie denn?“

„Fragt sie man selber!“

Tobias hatte vor jedem seinen Besuch so viel Mißtrauen wie vor dem Gerichte. Alles, was sich zum Bauer bequeme oder ihn zu sich kommandierte, ging nach seiner Ansicht auf Gewinn aus. Da mußte Schmeichelei gegen Schmeichelei gelten und Schlag gegen Schlag wie im Kriege. Aber gewann, hatte recht. Deshalb ließ er sich in seinem Turm auch nicht anspornen, sondern bukte sein Pferd fertig und überlegte, wer der Besuch wohl sein könne. Gatte der „Kerl“, sein Sohn, jemand hergeschickt, um gut Wetter zu erbitten? Vielleicht sah er in der Klemme und hatte Geld nötig. Das wäre dem starrköpfigen Menschen recht! Nur schade dann um das schon verbrauchte schöne Geld! Mehr heraus-rücken? Auf keinen Fall, und ob gleich kniefällig darum gebeten würde. Die Genugtuung, den Jungen reutz zu sehen, ihn winseln zu hören, würde manchen Kerger vergessen lassen.

Dieser Gedanke wärmte Tobias so wohl, daß ihm die Phantasie im Nu statt der Möglichkeit eine feste Tatsache vorkam.

„Ja, so mußte es sein! Das lange Schweigen Karls vorher war verdächtig genug gewesen. So undankbar, den Vater bei allen Berechnungen der Zukunft ganz aus dem Spiele zu lassen, konnte der Sohn unmöglich sein. Er würde an den Vater wenigstens gedacht haben, und jetzt wollte er nicht gleich selber kommen und schickte ihm zuerst eine fremde „Padoche“ auf den Hals. Was sollte da Geschickes herausbringen? Mit dem Sohne zusammen hätte sich am Ende doch noch ein Ausweg finden lassen, das in der Stadt angelegte Geld zu retten und auf dem Dorfe nutzbar zu machen!“

(Fortsetzung folgt.)



Karakterisiere sich aber auch als Ausnahme...  
Staatsminister v. Dufsch erklärt, die Frage der  
Rechtsgültigkeit entscheide jetzt das Reichsgericht...

### Badische Politik.

Mit der Klosterfrage  
Beschäftigt sich ein Herr R. in der Bad. Landesztg.  
Er zieht speziell gegen den in der Samstagnummer  
des Volksfreund erschienenen Artikel: Orden und  
Sozialdemokratie zu Felde...

Die „Genossen“ mögen sich diese Sachlage und  
deren Folgen nochmals überlegen, bevor sie den  
Zentrumsanträgen betreten und damit sich zum  
Schleppträger des größten Kulturfeindes, des  
Ultramontanismus, machen...

Der Schutz der Persönlichkeit.  
Aus Bruchsal berichtet die Oberrh. Korresp.:  
Herr Oskar Ballauf, Reisender der Firma Anton  
Wopp, fiel einem verhängnisvollen Irrtum zum  
Opfer...

### Kleines Feuilleton.

Der Dresdener Wälder hat kürzlich in Berlin eine  
Abchiedsvorstellung gegeben, denn er hat noch  
einige Wochen in der Festung Weichselmünde abzu-  
machen. Diesmal wettete er gegen die Parlamente...

Ein paar Tage später hielt der melschugge Dreif-  
graf eine weitere Versammlung ab, die aber poli-  
tisch aufgelöst werden mußte. Zu Beginn dieser  
Versammlung gab der Herr Graf seiner Meinung  
dabin Ausdruck...

unseren Behörden wählend nichts haben. Schade,  
dass nicht irgend ein Regierungsbeamter einmal ge-  
fesselt wird. Dann würde rasch Remedur geschaffen  
werden.

### Ehrenzeichen für Arbeiter.

Unter dieser Spitzmarke durchläuft gegenwärtig  
die nachfolgende Notiz die bürgerliche Presse:  
Das von seiner königlichen Hoheit dem Groß-  
herzog durch landesherrliche Verordnung vom  
11. November 1895 gestiftete Ehrenzeichen für  
Arbeiter und männliche Diensthoten für  
treue Pflichterfüllung soll auch dieses Jahr wieder  
in den dazu geeigneten Fällen auf den Geburtstag  
Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs ver-  
liehen werden...

Wenn die Presse, die sich so eifrig um die Ehren-  
zeichen für Arbeiter bemühen, wüßten, wie wenig  
der Arbeiter solche Medaillen einschätzt, dann würden  
sie sehr bald davon absehen, ihre Auffassung zu  
einer allgemein gültigen zu stampeln...

### Das badische Ortsstrafengesetz.

Wie wir der Frankfurter Zeitung entnehmen,  
bringt der erste Kammer vorgelegte Gesetzent-  
wurf zur Abänderung des Ortsstrafengesetzes den  
Städten eine Enttäuschung, die allerdings nach  
einigem, was in der letzten Zeit verlautet, nicht so  
ganz unerwartet kommt. Es ist wohl anzuerkennen,  
dass der Entwurf eine ganze Reihe von kleinen Ver-  
besserungen bezweckt; aber wenn man einen Ver-  
gleich zieht mit den von den Städten vorgebrachten  
Wünschen, so findet man, dass dieser gerade in ihren  
wichtigsten Punkten nur wenig Rechnung getragen  
ist...

wimmeln von Schmarotzern und Speichelleckern,  
die nur nach Orden und Ehrenzeichen trachten. Die  
Bastionen in Deutschland sind langsam eingedüstelt.  
Sie sind von der Juden erobert worden. Sie  
führen ein faules Leben, denn in der Woche arbeiten  
sie überhaupt nicht. Hunderttausende von Juden  
mühten sich hinrichten, damit die ganze Sippe erst  
wieder sahm würde und aus der Hand freigesetzt...

Die Volkszählung in Frankreich. Bisher sind die  
Ergebnisse der letzten französischen Volkszählung  
noch nicht festgestellt, was aber darüber geschieht ist,  
liesert neue Beweise für die wachsende Entvölkerung  
des Landes. Zum erstenmal macht sich dieser  
Rückgang auch für die Hauptstadt geltend. Früher  
nahmen zwar die Landgemeinden und Provinzstädte  
ab, die Hauptstadt aber hörte nicht auf zu wachsen  
und als Wasserhahn alle Städte des Landes aufzu-  
saugen. Für die Provinzen sind die Resultate noch  
nicht festgestellt, und man weiß noch nicht, in wel-  
chem Maß die Entvölkerung dort weitergegangen  
ist, für Paris aber liegt das Bruttoergebnis vor.  
Danach hat sich die Bevölkerung der Hauptstadt von  
1901 bis 1906 um gerade 71 000 Seelen vermehrt.  
Sie betrug vor fünf Jahren 2 714 000 und beträgt  
jetzt 2 785 000. In nicht weniger als 11 Bezirken  
der Stadt ist die Bevölkerung zurückgegangen, und  
zwar betrifft dies bezeichnenderweise die von reichen  
und wohlhabenden Leuten bewohnten Viertel. In  
den neuen Arbeitervierteln macht die Zunahme den  
Ausfall in den reicheren Teilen wett...

mäßigen Neueinstellung von Baue-  
lände keine Vereinfachung erfährt, denn dieses der  
Schaffung neuer Baugelände so förderliche Verfahr-  
en ist leider in dem Gesetze von 1896 mit solchen  
Umständlichkeiten umgeben worden, daß man sich  
seiner tatsächlichen Anwendung gerne entzieht und  
es meist nur als Drohmittel zur Erzielung freiwilliger  
Vereinbarungen benutz, die natürlich häufig  
im letzten Augenblick an Widerstand eines einzel-  
nen Grundbesizers scheitern, so daß alle Mühe ver-  
geblich war. Abgelehnt wird auch der Wunsch der  
Städte, daß die an einer Neueinstellung beteiligten  
Grundbesitzer gehalten sein sollten, das erforderliche  
Straßengelände aus der Masse davor unentgeltlich  
an die Gemeinde abzutreten. Man wird ja diese  
Ablehnung begreifen, so lange nicht andere Grund-  
eigentümer, die zur Tragung der Kosten für das sie  
berührende Straßengelände verpflichtet sind, gleich-  
falls zur sofortigen Leistung angehalten werden,  
sondern erst dann Zahlung leisten müssen, wenn sie  
Gebäude errichten. Allerdings wollten die Städte  
auch hier eine Abänderung, und auch diese verlag  
der Entwurf.

Ein weiterer Wunsch der unerfüllt blieb, ist der,  
dass beim Bezug zu den Straßkosten die  
vor Herstellung der Straße schon überbauten Grund-  
stücke ebenso zu behandeln seien, wie unüberbaute.  
Seither waren sie nur bezugslos, wenn sie in her-  
vorragendem Maße einen besonderen Nutzen“ von  
der Straße zu erwarten hatten. Mildern will der  
Entwurf das allerdings, indem er sich mit einem  
„besonderen Nutzen“ begnügt, und den Gebäude-  
besitzern überläßt, nachzuweisen, daß ihnen ein sol-  
cher nicht erwohne. Neu ist die Bestimmung, daß  
Bauten zur Verbesserung der Wohnverhältnisse  
minderbemittelten Familien nur bis zu 1/4 der Stra-  
ßenkosten beitragspflichtig sein sollen. Das Ver-  
langen, daß da, wo Ortsbaupläne in ausdehnen-  
dem Umfang aufgestellt sind, Bauten außerhalb derselben  
generell verboten werden können (abgesehen  
von Ausnahmefällen), wird wohl mit Recht un-  
erfüllt gelassen, doch vermehrt der Entwurf die Vor-  
aussetzungen, unter denen das Verbot erfolgen kann  
durch Eingufung der Rückstuf auf gesundheits-  
und verkehrspolizeiliche, sowie landwirtschaftliche  
und künstlerische Interessen.

Für die Zeit, während welcher das Verfahren zur  
Feststellung oder Aenderung eines Ortsbauplanes  
in Arbeit ist, läßt der Entwurf die Verhängung einer  
Sperrzone für berührte Gebiete zu, was auch eine  
Neuerung ist.

### Deutsche Politik.

#### Südwesterfrika nicht für's Bivill

Eine Warnung vor der Auswanderung  
nach Südwesterfrika, unserer teuersten Kolonie,  
hat das halbamtsliche „Auswanderungsbureau“  
für das Auswanderungswesen“ erlassen und das  
Kolonialamt hat die Berechtigung dieser Verwar-  
nung damit bestätigt, daß es auf eine Anfrage er-  
klärte:  
Die Verhältnisse stehen einer Einwanderung in  
größem Umfange unbedeutend entgegen, weil der  
Lebensunterhalt im Südwesterlande als Folge-  
wirkung des Krieges abnorme Anforderungen an  
die Kapitalkraft der Ansiedler stellt und die  
Verkehrsmöglichkeiten wegen ihrer Unzulänglich-  
keit durch die Schutztruppe erheblichen Schwierig-  
keiten unterliegen. Dazu kommt, daß eine ord-  
nungsmäßige Wiederaufnahme der  
Farmbetriebe noch nicht herangetreten werden  
konnte.

Ist das nicht großartig? Das deutsche Kolonial-  
amt muß vor der Einwanderung in eine Kolonie  
warnen, für die aus dem deutschen Steuerfächer  
Hunderterte von Millionen Mark aufgewendet wurden.

#### Splendide Gehaltsaufbesserung.

Vom 1. April 1906 ab erhalten die Postboten  
vier Dienstalterszulagen von je 20 Pfennig  
für den Tag und zwar: die erste nach Vollendung  
einer zweijährigen, die zweite nach Vollendung  
einer vierjährigen, die dritte nach Vollendung  
einer sechsjährigen und die vierte nach Vollendung  
einer achtjährigen diätarischen Dienstzeit. Wenn  
Postboten eine für die etwa fünfjährige Ansteltung  
anrechnungsfähige Dienstzeit von sechs Jahren früher  
vollenden als eine zweijährige diätarische Dienstzeit,  
so erhalten sie die erste Dienstalterszulage bereits  
nach Vollendung jener sechsjährigen Dienstzeit und  
die folgenden Zulagen zwei, vier und sechs Jahre

nach Gewährung der ersten. Im übrigen tritt in  
den Bestimmungen über die Zahlung der Zulagen  
und die Bewilligung einer besonderen Zulage von  
20 Pfennig an Postboten, die wegen vorgerückten  
Lebensalters nicht mehr etatsmäßig angestellt wer-  
den können, keine Veränderung ein.

### Haus der Partei.

Die badischen Reichsboten bei der Abstimmung  
über das Reichskolonialamt.  
Die Mannheimer Volkstimme macht sich das  
Bergnügen, aus dem amtlichen Stenogramm über  
die Reichstagsverhandlungen mitzuteilen, was von  
den badischen Reichstagsabgeordneten am letzten  
Sitzungstag des Reichstags in Berlin vertreten war  
und wie die einzelnen gestimmt haben. Dabei wird  
in Sperrdruck mitgeteilt, daß neben drei Zentrum-  
und einem nationalliberalen Abgeordneten auch ich  
ohne Entschuldigung gefehlt habe. Ich  
weiß nun nicht, was mit solchen Notizen bezweckt  
werden soll; ein Stadtmesser für parlamentarische  
Pflichterfüllung ist doch wahrhaftig die namentliche  
Abstimmung nicht! Es ist aus Anlaß des Diäten-  
gesetzes genigam herabgehoben worden, und ein  
der Volkstimme sehr nahegehender alter Parlamen-  
tärer hätte es ihr befähigen können, daß ein Ab-  
geordneter monatelang in eifrigster Kommissions-  
und sonstiger parlamentarischer Arbeit tätig sein  
kann und daß er doch, weil zufällig abgerufen oder  
verhindert, unentgeltlich bei einer namentlichen  
Abstimmung fehlt. Dazu kommt noch, daß es  
mit den Bemerkungen krank, beurlaubt, entschuldig,  
nicht sehr genau genommen wird. Wenn die Krank-  
heitsanzeigen, Entschuldigungen usw. nicht oft wie-  
derholt werden, steht eben in der Liste „fehlt!“ So  
geht bei dem Zentrumabgeordneten Schuler, der  
bekanntlich noch an den Folgen eines Schlaganfalles  
krank liegt und so würde es sein, wenn während  
der schweren Krankheit des Genossen Dreßbach täg-  
lich namentliche Abstimmungen gewesen wären:  
man würde oft nach der Liste haben konstatieren  
können, „fehlt unentschuldig!“

Was bezüglich angeht, so hätte es der Mann-  
heimer Volkstimme bekannt sein können, daß ich  
fraktionslos edner über die Vermögungs-  
steuer im badischen Landtag war und daß  
diese wichtigen Landtagsverhandlungen gerade am  
letzten Tage begannen, wo ich im Reichstag „unent-  
schuldig“ fehlte. Ich mußte damit rechnen, daß ich  
noch an diesem Tage zum Wort kam und konnte  
natürlich nicht gleichzeitig in Berlin sein, wo aus-  
schließlich der telegraphischen Nachrichten auch die An-  
wesenheit von einem weiteren Duzend Sozialdemo-  
kraten nichts geändert hätte.  
Namentlich wie mir ist es übrigens auch dem Zen-  
trumabgeordneten Feulner gegangen, der erst in  
dem Augenblick mit seinem Bericht über die Ver-  
mögenssteuer begann, als in Berlin die namentliche  
Abstimmung stattfand.  
Ich habe mir diese Bemerkungen gestattet, um zu  
zeigen, wie Schlussfolgerungen aus den Listen der  
namentlichen Abstimmungen zu total irrigen An-  
nahmen führen können und daß solche Notizen nur  
geeignet sind, Leser, die mit dem parlamentarischen  
Betriebe nicht vertraut sind, zu verwirren.

### Emil Eichhorn.

Donauerschiffen, 11. Juni. Den Vorstehenden des  
Wahlvereins, Gen. Niedlinger, hat man gemäß  
regelt. Für ihn wählte eine Versammlung den Gen.  
Hugo Vukauer, Almdenksamen, zum Vorstehen.  
Sämtliche Vorstehenden sind an diese Adresse zu richten.  
Wahlmüssen die Versammlungen besser besucht werden.  
E. Sinnen a. S., 10. Juni. Parteigenossen! Wie  
es wohl den meisten Genossen bekannt sein dürfte, wurde  
in einer früheren Versammlung der Beschluß gefaßt,  
die regelmäßigen Parteiveranstaltungen am 2. Mittwoh  
jeden Monats abzuhalten, um den Mitglieder Gelegen-  
heit zu geben, die Parteiveranstaltungen besser besuchen zu können.  
Trotzdem war die letzte Versammlung nicht besonders  
gut besucht und wäre nur zu wünschen, daß die nächste  
Versammlung am Mittwoch, den 18. Juni, eine bessere  
Teilnehmerzahl aufweisen würde.  
Genossen! Es muß in die Agitation wieder besser

Donauerschiffen, 11. Juni. Den Vorstehenden des  
Wahlvereins, Gen. Niedlinger, hat man gemäß  
regelt. Für ihn wählte eine Versammlung den Gen.  
Hugo Vukauer, Almdenksamen, zum Vorstehen.  
Sämtliche Vorstehenden sind an diese Adresse zu richten.  
Wahlmüssen die Versammlungen besser besucht werden.  
E. Sinnen a. S., 10. Juni. Parteigenossen! Wie  
es wohl den meisten Genossen bekannt sein dürfte, wurde  
in einer früheren Versammlung der Beschluß gefaßt,  
die regelmäßigen Parteiveranstaltungen am 2. Mittwoh  
jeden Monats abzuhalten, um den Mitglieder Gelegen-  
heit zu geben, die Parteiveranstaltungen besser besuchen zu können.  
Trotzdem war die letzte Versammlung nicht besonders  
gut besucht und wäre nur zu wünschen, daß die nächste  
Versammlung am Mittwoch, den 18. Juni, eine bessere  
Teilnehmerzahl aufweisen würde.  
Genossen! Es muß in die Agitation wieder besser

Donauerschiffen, 11. Juni. Den Vorstehenden des  
Wahlvereins, Gen. Niedlinger, hat man gemäß  
regelt. Für ihn wählte eine Versammlung den Gen.  
Hugo Vukauer, Almdenksamen, zum Vorstehen.  
Sämtliche Vorstehenden sind an diese Adresse zu richten.  
Wahlmüssen die Versammlungen besser besucht werden.  
E. Sinnen a. S., 10. Juni. Parteigenossen! Wie  
es wohl den meisten Genossen bekannt sein dürfte, wurde  
in einer früheren Versammlung der Beschluß gefaßt,  
die regelmäßigen Parteiveranstaltungen am 2. Mittwoh  
jeden Monats abzuhalten, um den Mitglieder Gelegen-  
heit zu geben, die Parteiveranstaltungen besser besuchen zu können.  
Trotzdem war die letzte Versammlung nicht besonders  
gut besucht und wäre nur zu wünschen, daß die nächste  
Versammlung am Mittwoch, den 18. Juni, eine bessere  
Teilnehmerzahl aufweisen würde.  
Genossen! Es muß in die Agitation wieder besser

Donauerschiffen, 11. Juni. Den Vorstehenden des  
Wahlvereins, Gen. Niedlinger, hat man gemäß  
regelt. Für ihn wählte eine Versammlung den Gen.  
Hugo Vukauer, Almdenksamen, zum Vorstehen.  
Sämtliche Vorstehenden sind an diese Adresse zu richten.  
Wahlmüssen die Versammlungen besser besucht werden.  
E. Sinnen a. S., 10. Juni. Parteigenossen! Wie  
es wohl den meisten Genossen bekannt sein dürfte, wurde  
in einer früheren Versammlung der Beschluß gefaßt,  
die regelmäßigen Parteiveranstaltungen am 2. Mittwoh  
jeden Monats abzuhalten, um den Mitglieder Gelegen-  
heit zu geben, die Parteiveranstaltungen besser besuchen zu können.  
Trotzdem war die letzte Versammlung nicht besonders  
gut besucht und wäre nur zu wünschen, daß die nächste  
Versammlung am Mittwoch, den 18. Juni, eine bessere  
Teilnehmerzahl aufweisen würde.  
Genossen! Es muß in die Agitation wieder besser

### Softtheater.

Zum Gastspiel Wassermanns.  
Herr Albert Wassermann vom Vestingtheater in  
Berlin, der, wie schon mitgeteilt, heute Abend hier  
gastieren wird, hat in den letzten Jahren so rich-  
tigen bedeutenden Namen erlangt, daß es für das  
hiesige Publikum von Interesse sein dürfte, einige  
Einzelheiten über seinen künstlerischen Entwick-  
lungsgang zu erfahren. Wassermann ist ein Mann-  
heimer Kind und ein Neffe des Intendanten unse-  
res Softtheaters. Er hat seine schauspielerische Lauf-  
bahn am Baden-Badener Sommertheater unter Lei-  
tung von Alois Prach begonnen und dann an einer  
Reihe von Stadttheatern u. a. auch in St. Gallen  
fortgesetzt. Der entscheidende Schritt in seiner Lauf-  
bahn geschah, als Prach nach der Niederlegung des  
Mannheimer Intendantenpostens die Leitung des  
Berliner Theaters in Berlin übernahm. Damals  
berief er den jungen Wassermann zu sich nach Berlin.  
Am deutschen Theater und nunmehr am Vesting-  
theater hat Wassermann besonders in modernen Rollen  
— in den Dramen von Ibsen, Hauptmann,  
Schöndorfer und vielen anderen — sein ungewöhnliches  
Talent scharfer Charakteristik und intimsten Nach-  
erlebens bewährt. Herr Wassermann wird heute  
Abend den Biegler in Sudermanns Stein unter  
Steinen spielen.

### Spielplan des Groß. Softtheaters.

Donnerstag, 14. Juni. Einmaliges Gastspiel von  
Madame Charles Cahier von Neuport: Camille und  
Dalla. Oper in 3 Akten von Ferdinand Remilly.  
Musik von Saint-Saëns. Dalla: Madame Charles  
Cahier. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

# Jari Philipp



...geworden. eine große ungarische Arbeiterorganisation...

Der Engländer... Kugelgegend erklärt der... die Rechte...

Badische Chronik. Pforzheim.

Der kaufmännische Verein... 11. Juni. Der kaufmännische Verein...

Das lassen wir Herrn... Die Handlungsgesellschaften...

Der Bürgerausschuss... Die Bürgerausschuss...

Der Ertrögen hat... Die Ertrögen hat...

Der frühere Geschäftsführer... Der frühere Geschäftsführer...

Freiburg.

Die Kollegen... Die Kollegen...

Wollere jeder in seiner... Wollere jeder in seiner...

Gemeindezeitung.

Daglanben, 9. Juni. Im letzten Donnerstag wurde...

Der Redaktion gestalte... Der Redaktion gestalte...

Offenburg, 8. Juni. Die Arbeiterfreundschaft...

Die Bürgerausschuss... Die Bürgerausschuss...

Aus dem Reiche.

Köln, 11. Juni. Der Dom hat bekanntlich... Köln, 11. Juni. Der Dom...

Berlin, 11. Juni. Eine Eisenerzstrasse... Berlin, 11. Juni. Eine Eisenerzstrasse...

...mit einem kleinen Taschenmesser die... mit einem kleinen Taschenmesser...

Aus der Residenz.

Karlstraße, 12. Juni. Auf in die Protest-Verammlung!

Arbeitersekretariat. Der erste Bericht des im Juni...

Die Eingemeindung. von Beiertheim, Rintheim und Müppur...

Arbeiterhilfe. In der Kuchstraße... Arbeiterhilfe. In der Kuchstraße...

Schwer verunglückt ist in... Schwer verunglückt ist in...

Vermischtes.

Die wilde Jagd von... Die wilde Jagd von...

Ausland.

Oesterreich. Die Reform kommt... Oesterreich. Die Reform kommt...

Die Arbeiterfrage... Die Arbeiterfrage...

Die Arbeiterfrage... Die Arbeiterfrage...

haben und auch nicht den... haben und auch nicht den...

Letzte Post.

Bermögenssteuererfolg. Wie wir aus... Bermögenssteuererfolg. Wie wir aus...

In Deutsch-Ostafrika... In Deutsch-Ostafrika...

Vereinsanzeiger.

Karlstraße (Vereinsanzeiger)... Karlstraße (Vereinsanzeiger)...

Freiburg (Vereinsanzeiger)... Freiburg (Vereinsanzeiger)...

Singen (Vereinsanzeiger)... Singen (Vereinsanzeiger)...

Verantwortlich... Verantwortlich...



